

# Auswertung 2013

Register Charlottenburg-Wilmersdorf

**unabhängige Dokumentation und Analyse  
rechter und diskriminierender Vorfälle**

gefördert von:



Bezirksamt  
Charlottenburg-  
Wilmersdorf



Beauftragte für  
Integration und  
Migration des  
Landes Berlin

zusammen mit:



SJD – Die  
Falken Berlin



Berliner Register

# Inhaltsverzeichnis

Über uns: Das Register? .....	2
Mehr Vorfälle als je zuvor .....	3
Motive: Rechte setzen sich in Szene .....	4
Ortsteile: Schwerpunkt Charlottenburg .....	6
Das Motiv Rassismus .....	7
Angriffe und Bedrohungen .....	8
Rechte Veranstaltungsreihen .....	9
Ausblick: Berliner Register 2014 .....	10
Jetzt handeln: 10 Empfehlungen .....	11

## Kontaktieren Sie uns!

E-Mail: [cw@berliner-register.de](mailto:cw@berliner-register.de)  
Telefon: +49 (0)1575 7652025  
Web: [www.Berliner-Register.de](http://www.Berliner-Register.de)

Postanschrift:  
Register Charlottenburg-Wilmersdorf  
c/o SJD – Die Falken Berlin  
Schloßstraße 19  
14059 Berlin

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf nimmt Beobachtungen und Erlebnisse auf: Rechte und diskriminierende Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien, Hitlergrüße, Sachbeschädigungen, Veranstaltungen, Kundgebungen, Aufkleber, Sprühereien oder Gräberschändungen registrieren wir.

Wenn Sie Opfer, Angehörige oder Zeug\*in eines Angriffs wurden, können Sie sich auch an die Berliner Opferberatung „ReachOut“ wenden:  
[www.ReachOut-Berlin.de](http://www.ReachOut-Berlin.de)

## Impressum

Herausgeber\*innen: Register Charlottenburg-Wilmersdorf  
Druck: Dreigroschendruck, Berlin  
Auflage: 1. Auflage, 2013  
Erscheinungsort: Berlin  
Bildnachweis: eigenes Archiv (Titelbild), eigene Darstellung (Grafiken)  
Website: [www.Falken-Berlin.de](http://www.Falken-Berlin.de) und [www.Berliner-Register.de](http://www.Berliner-Register.de)  
Der Druck der Broschüre wurde mit Mitteln des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf gefördert. Die Aufbauphase, Öffentlichkeitsarbeit, Recherchen, Auswertungen, verfassen von Analysen Vernetzungstreffen, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit finanzierte 2013 die Integrationsbeauftragte des Landes Berlin.

# Über uns: Das Register

Hier gibt es doch kein Naziproblem... so lautet eine weit verbreitete Annahme. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf geht dieser Frage auf den Grund: Es dokumentiert extrem rechte und diskriminierende Vorfälle in diesem Berliner Bezirk.

Bürger\*innen aus dem Bezirk melden dem Register solche Vorfälle. Hier werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf hat im Jahr 2013 seine Arbeit aufgenommen. Es kann an eine langjährige Arbeit antifaschistischer Chronikarbeit anknüpfen.

Die Trägerschaft haben nun die SJD – Die Falken übernommen, die in der Charlottenburger Schloßstraße eine offene Jugendeinrichtung betreiben. Im Jahr 2013 wurde es durch die Integrationsbeauftragte des Landes Berlin sowie den Integrationsbeauftragten des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf finanziert. Es kooperiert mit den Registern in anderen Berliner Bezirken, der Opferberatung ReachOut Berlin und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus.

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wird rechte, rassistische, neonazistische und rechtspopulistische Vorfälle im Bezirk recherchieren. Außerdem stehen Antisemitismus, Homo- und Transphobie, Feindlichkeit gegen Menschen mit Handicaps sowie die Diskriminierung von Wohnungslosen und sozial Benachteiligten im Blickfeld.

Das Register dokumentiert und analysiert Aktivitäten der extremen Rechten im Bezirksområde und macht Alltagsdiskriminierung sichtbar. Hierzu werden Vorfälle in eine Jahreschronik aufgenommen, die öffentlich bekannt werden, z.B. durch die Polizei, Zeitungen, im Internet oder bei Opferberatungen.

Für Anwohner\*innen bietet das Register Charlottenburg-Wilmersdorf eine Anlaufstelle. Hier können sie auch Ereignisse melden, die aus verschiedenen

Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Beispiele sind rechte Aufkleber, Plakate, Flugblätter und Veranstaltungen. Oder Pöbeleien, Beleidigungen und Bedrohungen.

Das Register ist ein Sprachrohr und Unterstützerin für Betroffene. Indem die Vorfälle veröffentlicht werden und Beratungsangebote vermittelt werden, bleiben Betroffene nicht allein. Auf der Website der Berliner Register ([www.Berliner-Register.de](http://www.Berliner-Register.de)) findet sich eine Liste der Vorfälle. Sie wird wöchentlich aktualisiert.

Für demokratische Akteur\*innen liefert das Register Handlungsgrundlagen gegen rechte, rassistische, antisemitische und homophobe Strukturen. Anwohner\*innen können von der Arbeit des Registers profitieren und aktiv werden, wenn Rechte in ihrem Kiez auftreten oder Diskriminierung verhindert werden kann. Auch die Bezirkspolitik kann die Analysen aufnehmen und politisch reagieren.

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf liefert aber keineswegs ein vollständiges Bild: Es nimmt nur auf, was öffentlich bekannt oder direkt von Anwohner\*innen gemeldet wird. Wenn in einem Ortsteil viele Vorfälle gemeldet werden, kann dies bedeuten, dass Anwohner\*innen vor Ort sensibler sind – oder rechte Akteur\*innen dort ihre Veranstaltungen öffentlich ankündigen und woanders nicht.

Diskriminierung muss auch nichts mit „Rechten“ zu tun haben: aktuelle Studien zeigen, dass extrem rechte Einstellungsmuster wie Antisemitismus (9 %), Rassismus (25 %) oder Chauvinismus (20 %) in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Ein geschlossen extrem rechtes Weltbild haben 9 % der Menschen in Deutschland. Dies hat die 2012 erschienene Studie „Die Mitte im Umbruch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt. Diskriminierung kommt also auch direkt aus der „Mitte der Gesellschaft“.

# Mehr Vorfälle als je zuvor

Noch nie wurden so viele rechte und diskriminierende Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf bekannt: 2013 waren es 90. In den Jahren 2010 und 2012 wurden rund 45 gezählt, 2011 waren es 61. Die Zahl der **Angriffe** auf Personen hat zugenommen. 2008 waren es 3 Angriffe. 2010 wurden 8, 2012 und 2013 je 13 erhoben (Abb. 1). Die Angriffe erhalten anonyme Meldungen an Opferberatungen, die nicht in die Register-Auswertung einfließen. (Die 90 Register-Vorfälle 2013 enthalten daher nur 11 von 13 Angriffen, siehe Abb. 3) Die Jahreswerte beziehen sich von 2010 bis April 2013 auf die antifaschistische Chronologie des Infoportal CW. Seit Mai 2013 (Gründung des Registers) wurde die Auswertung abgeglichen. 2011 und 2013 waren Wahlkampfjahre. 2013 kamen rechte Vortragsreihen dazu (Abb. 3), mit Kundgebungen und Infoständen 46. Es gab 21 Propagandafälle wie Hakenkreuze oder Plakate. Die meisten Vorfälle wurde im Ortsteil **Charlottenburg** (49) bekannt, in Westend (23) und 9 in Wilmersdorf (Abb. 2). Im ehemaligen Stadtbezirk Charlottenburg wurden 82%, im ehemaligen Wilmersdorf 11% gezählt. (6 Fälle konnten nicht zugeordnet werden.) Die meisten Vorfälle gab es im Bundestagswahlkampf im **August** und **September** mit je 15 (Abb. 4). Im Mai (14) wurde das Flüchtlingslager Soorstraße eröffnet und rechte Aktivist\*innen mobilisiert. Im letzten Quartal fanden zahlreiche Veranstaltungen statt.

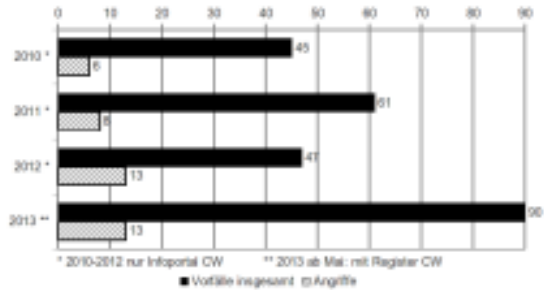


Abbildung 1: Vorfälle und Angriffe im Bezirk, 2010-2013

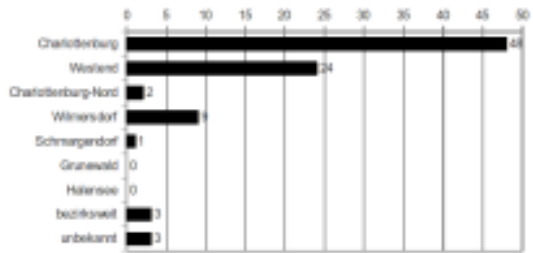


Abbildung 2: Vorfälle nach Ortsteilen, 2013

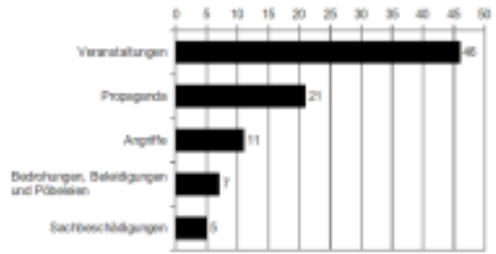


Abbildung 3: Vorfälle nach Monaten, 2013

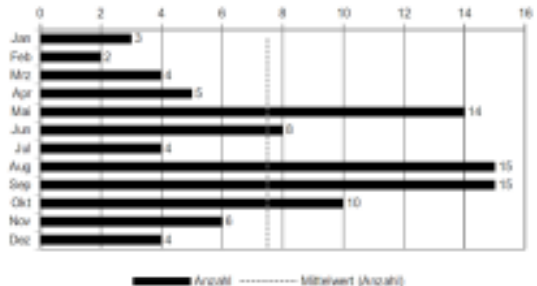


Abbildung 4: Vorfälle nach Monaten, 2013

# Motive: Rechte setzen sich in Szene

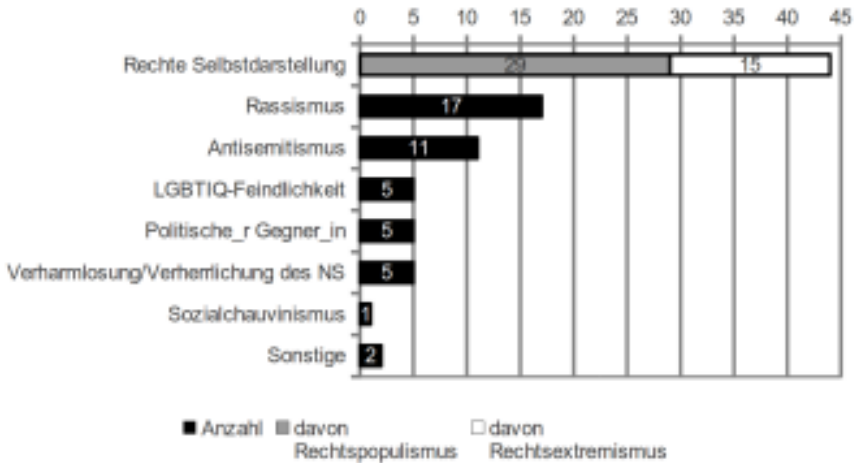


Abbildung 5: Vorfälle nach Motiven

Für die Urheber\*innen rechter und diskriminierender Vorfälle war die **rechte Selbstdarstellung** das häufigste Motiv. Insgesamt wurden 44 Ereignisse dieser Kategorie zugerechnet (49%), davon waren 15 neonazistisch. Die 29 Aktivitäten der neuen Rechten wurden als rechtspopulistisch verzeichnet (Abb. 5).

Die neue Rechte ist eine uneinheitliche politische Richtung, die zwischen der konservativen und der neonazistischen Rechten verortet ist. Dazwischen versuchen einige Neurechte einen Brückenschlag zu organisieren. In die Kategorie „rechte Selbstdarstellung“ wurden Infostände, Plakate und Aufkleber aufgenommen. Außerdem wurden hier Veranstaltungen gezählt, die der Öffentlichkeitsarbeit oder Verfestigung von Strukturen dienen. Außerdem wurden hier Veranstaltungen der neuen Rechten zugeordnet.

Typische Beispiele waren ein NPD-Aufkleber im Lietzenseepark (13. Mai), ein Abzeichen der bei Neonazis beliebten Bekleidungsmarke „Thor Steinar“ auf dem RBB-Sommerfest (8. Juni) und die

Weihnachtsfeier des NPD-Kreisverbands (7. Dezember).

Das zweithäufigste Motiv war **Rassismus**. Insgesamt gab es 17 rassistische Vorfälle. Davon waren die meisten Angriffe oder massive Bedrohungen (6). Davon fanden vier auf offener Straße statt und zwei in der S-Bahn oder im Bahnhofsbereich (Abb. 6). Die sechs Fälle waren über Charlottenburg, Charlottenburg-Nord, Westend, Wilmersdorf und Schmargendorf fast gleichmäßig verteilt. Sie geschahen zu allen Tageszeiten. Die Opfer waren zu einem Drittel weiblich, zwei Drittel der Opfer und alle Täter waren männlich.

Ein typischer Fall: am 20. April bespuckte ein Radfahrer zwei Frauen auf dem Hohenzollerndamm, beleidigte sie und griff sie an. Später rief er eine rassistische Parole.

Außerdem kamen rassistische Propaganda (5) und Bedrohungen, Beschimpfungen und Pöbeleien (4) vor.

Das dritthäufigste Motiv war **Antisemitismus** (11). Hier ragten neun Veranstaltungen hervor. Hierzu zählten

insbesondere Treffen einer Gruppe von Chemtrail-Kritiker\*innen. Ihre „Chemtrail“-Verschwörung besagt, dass die Kondensstreifen von Flugzeugen zum Teil Chemikalien enthielten, mit denen geheime Mächte Europa vergiften sollten. Diese Behauptung ist physikalisch falsch, aber dieser Diskurs weist Strukturen antisemitischer Argumentationsmuster auf. Die Gruppe wird von einem Reichsbürger geleitet. (Reichsbürger stellen sich eigene Pässe auf das Deutsche Reich aus, mit denen sie sich ausweisen wollen. Sie lehnen die Bundesrepublik ab.) Ironischerweise tagte die Chemtrail-Gruppe in einem „linken“ Stadteilladen.

Außerdem fanden Demonstrationen der Gruppe „Boycott, Divestment and Sanctions“, die gegen den Staat Israel und Israelis gerichtet ist, statt.

Auch Homo- und Transphobie war ein Problem (5 Fälle). Sie wurde als Feindlichkeit gegenüber Lesben, Gays, Bisexuellen, Trans\*, Intersexuellen und Queers (**LGTBIQ\*-Feindlichkeit**) kategorisiert. Hierbei gab es 3 Angriffe. Dies ist ein hoher Anteil. Bei zwei Angriffen wurden die Opfer ins Krankenhaus eingeliefert. Davon war ein Angriff

lebensbedrohlich, beim anderen verlor das Opfer nur durch eine längere ärztliche Behandlung nicht das Augenlicht. Die beiden anderen Fälle waren homophobe Pöbeleien von Fans des Fußballvereins Hertha BSC Berlin (Abb. 8) gegenüber Gastfans im Herrenfußball.

Darüber hinaus gab es je fünf Vorfälle mit den Motiven **Politische\*r Gegner\*in** und **Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus**. Als politische Gegner\*innen zählen bei der Jahresauswertung alle, die von Rechten auf Grund ihrer politischen, meist linken, Einstellung angegriffen, bedroht oder eingeschüchtert werden. Hierzu zählen auch Antifaschist\*innen, Mitglieder linker Parteien oder gegen Rechts engagierte Bürger\*innen.

Im Bundestagswahlkampf wurde die Bundestagsabgeordnete einer linken Partei eingeschüchtert, indem ihre Wohnungstür beschädigt wurde.

Ein wohnungsloser Mann wurde aus **sozialchauvinistischem** Motiv an einem Bahnhof erst mit heißem Tee übergossen und erhielt dann einen Kopfstoß vom Täter. Ein Passant, der Hilfe leisten wollte, wurde vom Täter mit einem Messer bedroht.

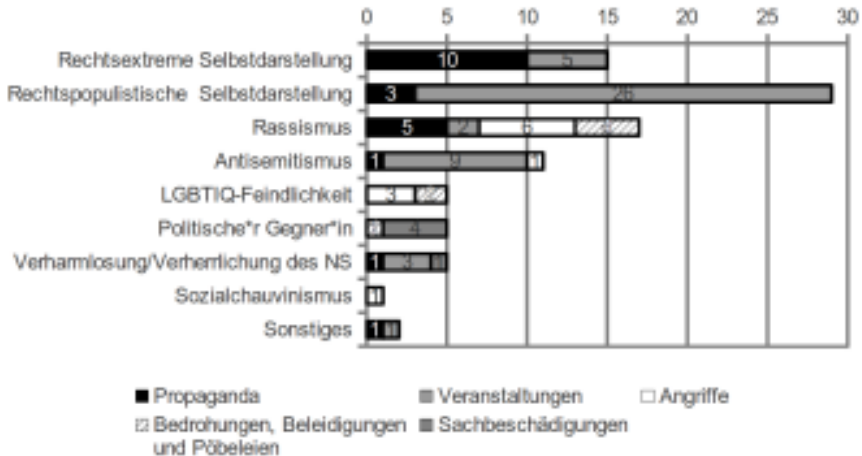


Abbildung 6: Motive nach Art der Vorfälle, 2013

# Ortsteile: Schwerpunkt Charlottenburg

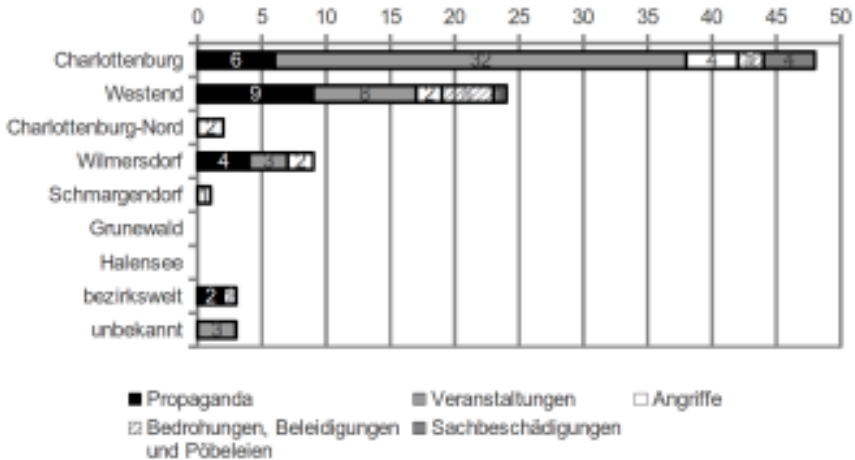


Abbildung 7: Ortsteile nach Art der Vorfälle, 2013

Am aktivsten ist die rechte Szene in **Charlottenburg**. Viele rechte und diskriminierende Vorfälle ereignen sich in Westend. In Charlottenburg finden die meisten körperlichen Angriffe und massiven Bedrohungen statt. In Charlottenburg gab es die meisten rechten Veranstaltungen (Abb. 7). Ein großer Teil findet in der neurechten „Bibliothek des Konservatismus“ statt. In Westend ereigneten sich Vorfälle insbesondere im Umfeld der Soorstraße sowie während Fußballspielen im Olympia- und Mommsenstadion.

Auch 2012 führten Charlottenburg, **Westend** und **Charlottenburg-Nord** mit 35 Ereignissen gegenüber dem ehemaligen **Wilmersdorf** (8). Insgesamt wurden im ehemaligen Stadtbezirk Charlottenburg 82% der Vorfälle gemessen. Im früheren Stadtbezirk Wilmersdorf lagen 11%. Andere Ereignisse konnten keinem Bezirk zugeordnet werden. Dies entspricht dem Trend, den die Opferberatung ReachOut festgestellt hat. In Wilmersdorf wurden seit 2010 bis 2013 1 bis 3 Angriffe gemeldet, wäh-

rend die Zahl der Angriffe in Charlottenburg von 5 auf 10 stieg. Im Jahr 2012 gab es in Charlottenburg 12 Angriffe. Im Vergleich mit anderen Bezirken (insgesamt 185) geschieht in Charlottenburg-Wilmersdorf weniger, liegt etwa im unteren Viertel der Fallzahlen. Charlottenburg-Nord bleibt ein Dunkelfeld. Die Wahlergebnisse der Parteien „Alternative für Deutschland“, „NPD“, „Pro Deutschland“ und „Die Freiheit“ (Bundestagswahl 2013, Berlinwahl 2011) sind hier über dem Bundes- und Bezirksdurchschnitt. Dies lässt vermuten, dass sich hier deutlich mehr Vorfälle ereignen, als gemeldet werden. Die Wahlergebnisse rechter Parteien sind ansonsten nur in Westend ähnlich hoch. Ob im ehemaligen Stadtbezirk Wilmersdorf tatsächlich so wenig geschieht, lässt sich schwer sagen. Allerdings zeigt die Chronologie des Infoportal CW, dass es hier in früheren Jahren durchaus zahlreiche Propaganda-Fälle gab. Auch Wilmersdorf, **Schmargendorf** und **Grunewald** bleiben so „dunkel“.

# Das Motiv Rassismus

Rassismus ist das zweithäufigste Motiv rechter Aktivitäten in Charlottenburg-Wilmersdorf, (17-mal). Bei den **Angriffen**, zu denen auch massive Bedrohungen zählen, ist es das häufigste Motiv (6-mal, siehe Abb. 6). Auch landesweit ist Rassismus das häufigste Motiv für Angriffe, wie die Chronik der Opferberatung ReachOut zeigt.

Rassismus ist eine Ideologie, die Menschen in unterschiedlich wertige Gruppen teilt. Dies geschieht nach Kriterien wie Herkunft, Ethnie, Aussehen oder auch Religion. Die eigene Gruppe wird dabei überhöht, andere Gruppen abgewertet. Rassismus ist eng mit Sozialdarwinismus verbunden.

Die rassistischen Angriffe in Charlottenburg-Wilmersdorf verteilten sich über die Ortsteile Charlottenburg, Charlottenburg-Nord, Westend, Wilmersdorf und Schmargendorf. Sie fanden tagsüber wie spät abends statt, ereigneten sich auf der Straße, in der S-Bahn oder in Bahnhöfen.

Auf Grund der Erkenntnisse des Registers konnte kein Zusammenhang mit

bekanntem Neonazis hergestellt werden. Rassistische Angriffe geschehen also **überall**, zu **jeder Zeit**, **unerwartet**, von Unbekannten, die wahrscheinlich der **Mitte der Gesellschaft** angehören. Ein Beispiel für den typischen Ablauf eines solchen Angriffs haben ReachOut und die Polizei dokumentiert: „Eine 27-jährige Frau wurde am 24. August gegen 16.20 Uhr am U-Bhf Kurfürstendamm in Charlottenburg von einem Unbekannten angerempelt und rassistisch beleidigt. Der Mann trat die Frau kurz darauf und bespuckte sie.“

Rassistische Vorfälle ereigneten sich zudem rund um die Eröffnung des **Flüchtlingslagers in der Soorstraße** in Westend (siehe Abb. 8). Hierzu wurden acht rassistische Vorfälle festgestellt, überwiegend Propaganda. Anwohner\*innen organisierten eine Unterschriftenkampagne gegen das Flüchtlingslager und verteilten Flugblätter in der Nachbarschaft. Bei einer Informationsveranstaltung des Landesamts für Gesundheit und Soziales gab es antiziganistische Äußerungen. In der

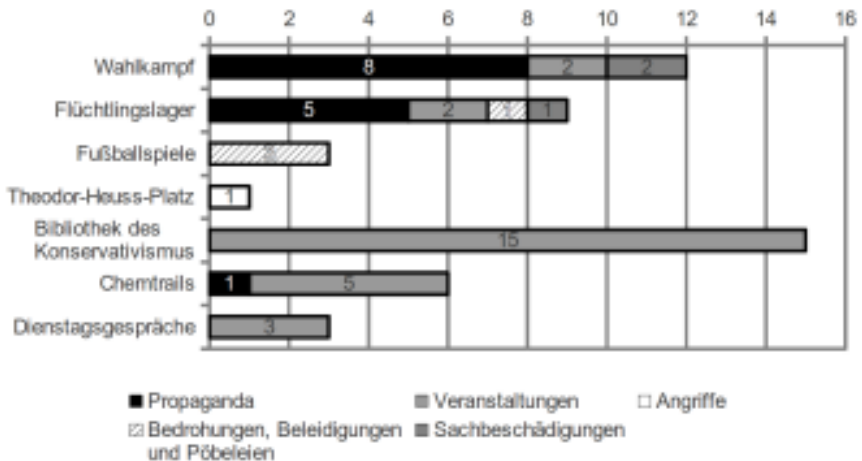


Abbildung 8: Vorfälle nach ausgewählten Themenschwerpunkten



aufgeheizten Stimmen schmiss ein\*e Ladenbesitzer\*in zwei Securitys des Flüchtlingshauses aus dem Geschäft. Die NPD nutzte die Situation, um am Spandauer Damm eine Kundgebung gegen das Lager abzuhalten.

Es war gut, dass alle Bezirksverordneten in einer Resolution alle Flüchtlinge willkommen hießen und sich in „Willkommen im Westend“ Unterstützer\*innen organisierten.

Zwei weitere Fälle waren bemerkenswert: Am Zoologischen Garten wurde am 18. September ein Mann von der Bundespolizei ohne erkennbaren Grund einer Leibesvisitation unterzogen. Nur ein rassistisches Motiv kommt in Frage. Eine Bundestagskandidatin aus Charlottenburg-Wilmersdorf erhielt von der NPD ein Rückreiseticket in ihr angebliches Heimatland zugeschickt. Die NPD machte dies berlinweit.

## Angriffe und Bedrohungen

13 Angriffe fanden in Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2013 statt. Darunter werden Körperverletzung und versuchte Körperverletzung gezählt sowie massive Bedrohungen. Dazu zählen auch Angriffe auf Wohnhäuser, wenn sich darin Menschen aufhalten. Diese Kategorie stimmt mit der Angriffe-Statistik der Opferberatung ReachOut überein. Darin sind auch zwei anonyme Meldungen enthalten, sodass das Register nur elf dieser Vorfälle auswertete.

Seit 2008 sind die Angriffszahlen kontinuierlich gestiegen (siehe Abb. 1). Dies liegt an der Entwicklung im ehemaligen **Bezirk Charlottenburg**. Dort gab es 2008 und 2009 je drei Angriffe. 2010 waren es fünf, 2011 sechs. 2012 waren es zwölf und 2013 zehn Angriffe. Im Bezirksområde Wilmersdorf waren es zwischen 2008 und 2012 null bis drei Angriffe. Im Jahr 2013 gab es in Wilmersdorf drei Angriffe. Von den elf öffentlich von ReachOut dokumentierten Angriffen im Jahr 2013 fanden vier im Ortsteil Charlottenburg statt. 2 geschahen in Charlottenburg-Nord, zwei in Westend sowie zwei anonyme im alten Bezirk Charlottenburg. 2 Angriffe ereigneten sich in Wilmersdorf, einer in Schmagendorf. Laut ReachOut war 2013 berlinweit das Jahr mit den meisten Angriffen seit 2001.

Die Angriffe geschahen **zu jeder Tages- und Nachtzeit**. Im April gab es 4

Vorfälle, im August 2. In den Monaten Januar, Mai, Juli, September und Oktober gab es je einen. 7 ereigneten sich auf der **Straße**, 3 am **Bahnhof** oder in der **S-Bahn**, einer in einem Gebäude.

Sechsmal war **Rassismus** (55 %) das Motiv für den Angriff. Dreimal waren Angriffe **homo- oder transfeindlich** (27 %) motiviert. Je ein Angriff erfolgte auf Grund von Antisemitismus sowie Sozialchauvinismus. Auch berlinweit waren laut ReachOut Rassismus (47 %) und Homo-/Transfeindlichkeit (24 %) die häufigsten Motive.

Ein besonderes Augenmerk sollten auf den homophoben Angriff am 12. April 2013 auf dem **Theodor-Heuss-Platz** (Abb. 8) gelegt werden: Ein 77-jähriger Mann wurde von einem 27-Jährigen aus einer öffentlichen Toilette zunächst auf die Fahrbahn gejagt und dann in einen Supermarkt. Dort trat er auf ihn ein und verletzte ihn schwer. Die Polizei ermittelte wegen versuchten Totschlags. Auf dem Theodor-Heuss-Platz gab es seit 2011 vier homophobe Angriffe, alle auf oder bei der „City-Toilette“.

Bei einem transphoben Angriff in der Knesebeckstraße verlor das Opfer fast das Augenlicht (7. September) und musste mehrere Wochen ins Krankenhaus. Am 7. Januar wurde in der Justizvollzugsanstalt **Plötzensee** ein Mann wegen seines jüdischen Glaubens angegriffen und verletzt.

# Rechte Veranstaltungsreihen

Die rechte Szene ist in Charlottenburg-Wilmersdorf etabliert. 2013 trafen insgesamt 46 Veranstaltungen selten auf Gegenwehr. So viele rechte Veranstaltungen gibt es sonst nirgendwo in Berlin. Die rechte Szene agiert allerdings nicht geschlossen.

In Charlottenburg-Wilmersdorf wirken zurzeit **rechtspopulistische Parteien** wie die Alternative für Deutschland (AfD) und Pro Deutschland und mit der NPD eine extrem rechte Partei. Sie traten im Wahlkampf, mit eigenen Veranstaltungen und mit Kundgebungen auf. Die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung bietet in der von ihr betriebenen Bibliothek des Konservatismus eine Vortragsreihe an. Der Nazi Hans-Ulrich Pieper setzt die Dienstagsgespräche als „Diskurs+Dialog“ fort. Die „Blaue Himmel Gruppe Berlin“ aus dem Umfeld der Reichsbürger\*innen-Bewegung macht antisemitische Vorträge zu „Chemtrails“. Die Akteur\*innen sind sehr unterschiedlich und müssen differenziert betrachtet werden. Alle eint ihr Nationalismus. Die verschiedenen Akteur\*innen der rechte Szene agieren überwiegend nicht gemeinsam. Untereinander herrscht Misstrauen.

Die NPD und die **Dienstagsgespräche** sind eindeutig dem neonazistischen Spektrum zuzuordnen. Sie bekennen sich offen rassistisch und antisemitisch. Zu den Dienstagsgesprächen war der britische Holocaustleugner David Irving eingeladen. Wegen eines Einreiseverbots wurde er zugeschaltet. Mindestens zwei Treffen fanden in der Filmbühne am Steinplatz statt. Der NPD-Kreisverband wurde dieses Jahr neu gegründet. Vorsitzender ist der ehemalige NPD-Organisationschef, Jens Pühse.

Auch neu ist der Kreisverband der AfD. Ihr gehören viele Mitglieder des Ex-Kreisverbands Der Freiheit an. Die AfD und die **Bibliothek des Konservatismus** sind hingegen rechtspopulis-

tisch. Die Stiftung ist im Umfeld der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit verortet. Die AfD lädt dorthin zum „Blauen Salon“. Insgesamt fanden 15 Veranstaltungen in der Stiftungsbibliothek statt. Sie bilden eine Brücke zwischen Konservatismus und dem nationalistischen Lager. Dadurch verwässert auch die Abgrenzung zwischen Konservatismus und der extremen Rechten. Sie grenzen sich von Antisemitismus ab. Pro Deutschland steht inhaltlich und personell der extremen Rechten näher. Allerdings wählt auch Pro Deutschland eine rechtspopulistische Strategie und grenzt sich von neonazistischen Kräften wie der NPD ab.

Die **Chemtrail-Gruppe** kann nicht genau eingeordnet werden, steht aber klar rechts. Sie gehören in den Bereich der antisemitischen Verschwörungstheorien. Die Verschwörungstheorie geht davon aus, dass fremde Mächte mit Flugzeugen chemische Giftstoffe verstreuten. Dies würde sichtbar, wenn Flugzeugabgase bleibende Streifen („Chemtrails“) am Himmel hinterlassen. Tatsächlich gibt es wissenschaftliche Erklärungen dafür. Die „Blauer Himmel Gruppe Berlin“ wird von einem „Reichsbürger“ geleitet. Diese geben eigene Pässe mit dem Aufdruck „Deutsches Reich“ aus. Auf den Treffen der Chemtrail-Gruppe werden antisemitische Argumentationsmuster bedient. Die Gruppe traf sich im „Wilma 163“, das sich selbst „links“ verortet.

Darüber hinaus gibt es noch einzelne antisemitische Akteur\*innen, die nicht dem rechten Spektrum zugeordnet werden können. An der **Qudstagedemo** (3. August) nahmen 600 Menschen auf dem Kurfürstendamm teil. Es ist die größte antisemitische Demonstration in Berlin.

**Boycott, Divestment, and Sanctions** ist eine internationale Kampagne, keine jüdischen Produkte zu kaufen. Sie demonstrierten am 8. Februar und am 9. März vor dem ICC.

# Ausblick. Berliner Register 2014

In allen Berliner Bezirken sollen im Jahr 2014 Register zur Erfassung rechter und diskriminierender Vorfälle fortgeführt oder eingerichtet werden. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf soll weiter etabliert werden.

Das Programm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen fördert Register in allen Bezirken. In Mitte, Reinickendorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg gibt es noch keine. Sie sollen 2014 gegründet werden. Zum Jahresende soll ein Netzwerk von Registern zur Erfassung rechter und diskriminierender Vorfälle entstehen.

Bereits im Jahr 2005 wurde das Panower Register gegründet. Im selben Jahr stellte die Opferberatung ReachOut eine berlinweite Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin zusammen. Es folgten das Lichtenberger Register, das Register Treptow-Köpenick, das Register Friedrichshain und das „Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf“. Mit ihnen wurden zivilgesellschaftliche Netzwerkstellen mit lokalen Anlaufstellen gestartet.

Im Jahr 2009 gab es die erste gemeinsame Pressekonferenz von ReachOut und den Registern. Seitdem werden jedes Frühjahr die Angriffsstatistik von ReachOut sowie die Vorfallszahlen aus den Bezirken vorgestellt. Die Zusammenarbeit hat sich verstärkt. Es wurden gemeinsame Kriterien zur Erfassung abgestimmt. Die Register tauschen sich aus und machen eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

Die Register haben vor allem im Ostteil der Stadt ausgebaute Strukturen. Den Zahlen von ReachOut nach gibt es seit einigen Jahren in West- wie Ostberlin gleich viele Angriffe pro Jahr. 2012 überwogen die Angriffe im Westteil. Doch einige Stadtteile sind „blinde Flecken“: Steglitz-Zehlendorf, Spandau

oder Reinickendorf. Dies zeigt, dass es überall in Berlin notwendig ist, Netzwerke gegen rechte Aktivitäten und Diskriminierung aufzubauen. Neben Charlottenburg-Wilmersdorf wurde daher auch in Neukölln 2013 ein Register gegründet. Sie erhielten dazu eine Anschubfinanzierung vom Senat. In Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützte der Integrationsbeauftragte des Bezirksamts außerdem den Aufbau.

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf fertigte eine Chronologie rechter und diskriminierender Ereignisse an. Dabei kam heraus, dass Rechtspopulist\*innen und Nazis im Bezirk auf verankerte Strukturen zugreifen können. Angriffe und massive Bedrohungen bleiben konstant. Rassismus und Antisemitismus sind häufige Motive. Ein Großteil ereignete sich im Ortsteil Charlottenburg. Im ehemaligen Wilmersdorf und in Charlottenburg-Nord sind Dunkelfelder. Ein Register kann ohnehin nur öffentlich bekannte und dem Register gemeldete Vorfälle erfassen, sodass stets eine Dunkelziffer bleibt.

Es bietet sich an, die Arbeit des Registers Charlottenburg-Wilmersdorf 2014 fortzusetzen. Es sollte bekannter werden im Bezirk. Darüber hinaus wäre ein Netzwerk aus lokalen Anlaufstellen im ganzen Bezirk hilfreich. Anwohner\*innen und zivile Strukturen müssen gegen rechte und diskriminierende Vorfälle sensibilisiert werden. Flüchtlinge müssen vor Rechtspopulist\*innen und Nazis geschützt werden. Hierzu wären eine antirassistische Koordinierungsstelle und ein Bündnis gegen Rechts geeignet. Es bedarf weiterer Recherchen zum großen Feld des Rechtspopulismus, der neuen Rechten, neonazistischer Strukturen und antisemitischer Aktivitäten im Bezirk. So würde das Register Charlottenburg 2014 dazu beitragen, lokale Hilfestellungen für Anwohner\*innen, Zivilgesellschaft und Bezirkspolitik zu geben.

# Jetzt handeln: 10 Empfehlungen

## 1. Register Charlottenburg-Wilmersdorf fortsetzen

Das Projekt Register Charlottenburg-Wilmersdorf sollte weiter ausgebaut und etabliert werden. Die Registerarbeit muss auskömmlich finanziert werden – vom Land und vom Bezirksamt.

## 2. Netzwerkstelle bilden

Es wird eine Netzwerkstelle gegen rechte Aktivitäten und Diskriminierung geschaffen. Diese sensibilisiert und vernetzt lokale Akteur\*innen und schafft Anlaufstellen für Anwohner\*innen und eine solidarische Nachbarschaft.

## 3. Bündnis gegen Rechts aufbauen

Es wird ein Bündnis gegen Rechts gegründet, etabliert und moderiert. Dazu bedarf es einer hauptamtlichen Begleitung und bezirklichen Finanzierung.

## 4. Lokalen Aktionsplan entwickeln

Es wird ein Lokaler Aktionsplan für Charlottenburg-Wilmersdorf erarbeitet. Hierbei werden verschiedenen Akteur\*innen im Bezirk einbezogen werden. Vorbild könnten andere Bezirke sein. Bundesmittel werden dafür beantragt.

## 5. Zivilgesellschaft stärken

Insbesondere in Charlottenburg-Nord müssen zivile Strukturen gestärkt und sensibilisiert werden, um Diskriminierung sichtbar zu machen und Diskriminierte zu unterstützen. Auch im ehemaligen Bezirk Wilmersdorf bedarf es einer weiteren Sensibilisierung aller Akteur\*innen.

## 6. Aktiv werden in Charlottenburg und Westend

Für die Ortsteile Charlottenburg und Westend sollten Strategien entwickelt werden, um rechte und diskriminierende Vorfälle zu vermindern.

## 7. Gegen Homophobie am Theodor-Heuss-Platz

Der homophoben Angriffsserie am Theodor-Heuss-Platz sollte gestoppt werden. Anwohner\*innen oder die Bezirkspolitik könnten sich einbringen.

## 8. Refugees Welcome

Der Schutz von Flüchtlingen muss gewährleistet werden. Insbesondere bei der Eröffnung neuer Flüchtlingslager sollten antirassistische Akteur\*innen vernetzt und hilfsbereite Anwohner\*innen unterstützt werden. Es ist hilfreich, Solidarität in der Nachbarschaft zu koordinieren. Im Europawahlkampf steht eine Instrumentalisierung durch rechte Parteien bevor.

## 9. Rechte Strukturen zurückdrängen

Charlottenburg-Wilmersdorf sollte Strukturen des rechtspopulistischen, neuen rechten und nazistischen Bereichs entschlossen entgegentreten. Hierzu könnten die Netzwerkstelle und das Bündnis gegen Rechts beitragen.

## 10. Rechten Ideologien inhaltlich entgegentreten

Zu Aktivitäten von rechtspopulistischen, neuen rechten und nazistischen Institutionen sollte recherchiert werden, zu ihrer Ideologie und Zielsetzung. Rassismus und Antisemitismus gehören ebenso in den Fokus.